

Senatsbeschlüsse

der 110. Sitzung des Senats

am 25.07.2017, 11:15 Uhr

2721.) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Senats am 04.07.2017

---

Beschluss:

Der Senat genehmigt die Niederschrift über seine Sitzung am 4. Juli 2017.

2722.) "Berufsbegleitende Weiterbildung – welche Chancen werden für berufstätige Frauen geschaffen?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)  
(Vorlage 1412/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 21.07.2017)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 21. Juli 2017 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2723.) "Arbeitsassistenzen im Land Bremen gemäß UN-Behindertenrechtskonvention zufriedenstellend durch die Ausgleichsabgabe finanziert?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 1413/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1413/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe

2. folgender Änderungen zu:

- Im letzten Satz des letzten Absatzes der Antwort auf Frage 5 wird das Wort „wünscht“ in „erwartet“ geändert.
- Im vierten Absatz der Antwort auf Frage 12 werden die Wörter „Dem Senat“ durch „Dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen“ ersetzt.

3. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2724.) Vorschlag des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Wahl der Landesbeauftragten für Frauen (Vorlage 1414/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1414/19 wie folgt:

1. Der Senat schlägt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vor, Frau Bettina Wilhelm zur Landesbeauftragten für Frauen zu wählen.
2. Der Senat beschließt die anliegende Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bürgerschaft (Landtag).
3. Frau Wilhelm wird für die Dauer von 12 Jahren in das Beamtenverhältnis auf Zeit zur Landesbeauftragten für Frauen nach Besoldungsgruppe B3 des Bremischen Besoldungsgesetzes berufen.

2725.) "Auswirkungen des Brexit für das Land Bremen"  
(Kleine Anfrage Fraktion der SPD)  
(Vorlage 1415/19 und Neufassung der Vorlage der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit vom 24.07.2017)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit vom 24. Juli 2017 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2726.) "Amtssprache Deutsch – und dann?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)  
(Vorlage 1416/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1416/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2727.) Bericht des Senats gemäß § 12 BremIFG  
(Vorlage 1417/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1417/19 den Bericht des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

2728.) "Nach Beschluss des Oberverwaltungsgerichts: Was passiert in Sachen OTB?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)  
(Vorlage 1418/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1418/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2729.) "Gefahr durch alkoholisierte Radlerinnen/Radler?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)  
(Vorlage 1419/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1419/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Am Ende der Antwort wird der folgende Satz neu eingefügt:

„Der Senat wird den Umgang des Bundesgesetzgebers und der betroffenen Fachministerkonferenzen mit den Empfehlungen aufmerksam beobachten, konstruktiv begleiten und ggf. prüfen, ob ergänzende Bremer Initiativen erforderlich sind.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 2730.)      Oberschule Ohlenhof  
Neubau der Oberschule und Gestaltung des Campus Ohlenhof entsprechend dem "Integrierten Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen"  
Hier: Bau- und Kostenplanung sowie Finanzierungskonzept  
(Vorlage 1420/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung und des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 21.07.2017)
- 

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung und der Senatorin für Finanzen vom 21. Juli 2017 die Planungen für den Hochbau von Oberschule und Sporthalle sowie für die Anlage und Gestaltung des Campusgeländes (Freiflächen, Wege, etc.) zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt der Weiterführung der Planung im Rahmen seiner Beschlüsse vom 20.06.2017 zu.

- 2731.)      Sanierung der Justizvollzugsanstalt  
(Vorlage 1421/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat nimmt den Bericht zu den Ergebnissen der ES-Bau, die für die weitere Sanierung der JVA (Hafthäuser 1 und 2 nebst Mittelbau) Gesamtkosten in Höhe von 49,85 Millionen EURO (einschließlich bereits zur Verfügung gestellter 2,8 Millionen EURO für die Erstellung der ES-Bau) veranschlagt, zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt zu, dass die Finanzierungskosten ab 2020 im Zuge der Maßnahmenbezogenen Investitionsplanung in Höhe der dargestellten Jahrestanchen eingeplant werden.
3. Der Senat bittet den Senator für Justiz und Verfassung in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen, die erforderlichen haushaltsrechtlichen

Anträge unverzüglich zu erstellen und dem Haushalts- und  
Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

2732.) Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2016  
(Vorlage 1422/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1422/19 den Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt 2016 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss (Land und Stadtgemeinde) weiterzuleiten.
2. Der Senat nimmt die Berichterstattung zur Verwendung von nicht zweckgebundenen Mehreinnahmen von 20 bis 100 Tsd. € zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, diese zukünftig einmal jährlich in Verbindung mit dem Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt dem Senat vorzulegen.
3. Der Senat bittet die Ressorts, die Bewertung der Leistungskennzahlen noch stärker als bisher vor dem Hintergrund der strategischen Ziele vorzunehmen und bei Abweichungen zu den Planwerten daraus abzuleitende Konsequenzen zu prüfen und darzustellen.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen angesichts des fortgeschrittenen Haushaltsjahres die Abstimmung mit den Ressorts zur Liquiditätssteuerung 2017 zeitnah abzuschließen.

2733.) Nachfolge Frau Staatsrätin Friderich in den Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen  
(Vorlage 1423/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat beschließt, Frau Staatsrätin Friderich aus den Aufsichtsräten der BREPARK GmbH, der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG, der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte Beteiligungen mbH sowie aus den Verwaltungsrat der Immobilien Bremen jeweils zum 31.07.2017 abzuberufen.
2. Der Senat beschließt, die Aufsichtsräte der BREPARK GmbH, der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG, der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte Beteiligungen mbH sowie den Verwaltungsrat der Immobilien Bremen jeweils zum 01.08.2017 mit Herrn Jens Deutschendorf als Nachfolger von Frau Staatsrätin Gabriele Friderich zu besetzen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.

2734.) "Entwicklung der Wohngeldleistungen nach der Wohngeldreform 2016"  
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)  
(Vorlage 1424/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 25.07.2017)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 25. Juli 2017 der schriftlichen Antwort auf die

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2735.) "Wann wird aus dem Sofortprogramm Wohnungsbau des Senats ein Sofortprogramm?"  
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 1425/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1425/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. Mai 2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderungen:

- In der Tabelle wird bei dem Wert „Gesamt bis Ende 2018“ die Zahl „651“ in „561“ geändert somit muss die Gesamtzahl in der Tabelle von „2.562“ in „2.472“ geändert werden.
- In der Tabelle zum Projekt „Hohentorsplatz“ wird die Anmerkung in „Überarbeitung nötig“ geändert.
- Im letzten Satz unter der Überschrift „Schaffung von preisgünstigen Wohnraum“ wird das Wort „insbesondere“ durch „auch“ ersetzt.
- Am Ende der Vorlage wird folgender Satz ergänzt:

„Hierzu dient u. a. auch das vom Senat eingesetzte Bündnis für Wohnen“



- 2739.) "Wie hat sich der Fuhrpark der Polizei im Land Bremen in den letzten Jahren entwickelt"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 1426/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 13.07.2017)
- 

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 13. Juli 2017 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Der 2. Satz der Antwort auf Frage 8 wird ersatzlos gestrichen.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 2740.) "Wie viele Suizide finden in Bremen statt?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 1427/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass die Gender-Prüfung um den folgenden Satz ergänzt wird:

„Geschlechterdifferenzierte Daten sind, soweit vorhanden, in der Antwort aufgeführt.“

2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1427/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- In der Antwort auf Frage 6 wird das Wort „vorzugsweise“ in „überwiegend“ geändert.

- Die Antwort auf Frage 13 wird um den folgenden Text ergänzt:

„Ferner stellt der sorgfältige und sensible Umgang bei der öffentlichen Berichterstattung über Suizide einen relevanten Aspekt der Prävention dar. Sowohl die Persönlichkeitsrechte des Suizidenten als auch der Respekt vor den Angehörigen, gebietet eine zurückhaltenden Berichterstattung. Vor allem besteht aber die Gefahr, dass Personen die sich in einem extremen emotionalen Krise oder einen psychischen Ausnahmezustand befinden, Berichterstattungen, die zu einer Identifikation mit dem Suizidenten bzw. seiner Handlung führen, als Impuls für einen eignen Suizidversuch erfahren. Deshalb orientieren sich zum Beispiel die meisten Medien an den Richtlinien des deutschen Presserates, der eine zurückhaltende Berichterstattung bei Selbsttötungen verlangt und viele Medien weisen im Zusammenhang mit dieses Bericht auf Beratungs- und Hilfsangebote hin. Der Senat hält einen solchen respektvollen und sensiblen Umgang mit dem Thema insbesondere im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit für sinnvoll und wichtig.“

2741.) Beschlussfassung über die Förderung des Projektes Neubau Turnhalle TuS Huchting e.V. im Rahmen des Landesprogrammes Investitionspakt Soziale Integration im Quartier 2017  
(Vorlage 1428/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ das Wort „eingeleitet“ in „erfolgt“ geändert wird.
2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1428/19 der Förderung des Neubaus der Turnhalle TuS Huchting e.V. mit insgesamt 245 TEUR zu und bittet die Senatorin für Finanzen um die Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von insgesamt 205 TEUR mit einer Abdeckung in Höhe von jeweils 102,5 TEUR in 2018 und 2019 innerhalb der bestehenden Budgetausstattung.

3. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Abstimmung mit den beantragenden Ressorts, zeitnah die Umsetzung der weiteren förderungsfähigen Projekte beschließen zu lassen.

2742.) "Wie wird die Ehrenamtskarte in Bremen und Bremerhaven angenommen?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 1429/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „D. Finanzielle...“ die Wörter „oder genderbezogene“ gestrichen und der folgende Satz am Ende neu eingefügt werden:

„Bei den Ehrenamtlichen, die eine Ehrenamtskarte ausgestellt bekommen, sind Frauen in höherer Anzahl vertreten.“

2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1429/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Tabelle der Antwort auf Frage 3 wird die Zahl „1447“ in „1448“ geändert.

3. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 2743.) "Können brachliegende Kleingartengebiete bebaut werden?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 1430/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 25.07.2017 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 25.07.2017)
- 

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 1. August 2017 aus.

- 2744.) "Pläne des Senats für das Parkhaus Mitte"  
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 1431/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass die Genderprüfung die folgende Fassung erhält:

„Genderspezifische Belange werden im Rahmen künftiger Planungen in mögliche Konzeptentwicklungen einfließen. Hierunter fallen insbesondere die Vermeidung und Reduzierung von Angsträumen wie auch Schaffung kurzer Wege, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern.“

2. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1431/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. Juni 2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderung:

In der Antwort auf Frage 5 wird das Datum „22.5.2015“ in „22.5.2017“ geändert.